

Rotes Volksbegehren

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Notverordnungen der Brüning-Regierung zur Aufhebung und Beseitigung politischer Grundrechte, sind von der Schiedsregierung stets unter kaum verhüllter Anerkennung des Klassencharakters dieser Verordnungen als Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse rigoros und rücksichtslos zur Anwendung gebracht worden. Während alle Demonstrationen und Kundgebungen der Arbeiterklasse verboten und unterdrückt werden, während sogar die Abhaltung von Revolutionsfesten in geschlossenen Räumen unterdrückt wird, erhalten die Nationalsozialisten fast jeden Sonntag die Genehmigung zur Durchführung von Aufmärschen, die sie in verschiedenen sächsischen Städten durchzuführen und bei denen sie den offenen Terror gegen die Arbeiterklasse propagieren und in die Tat umsetzen können.

Die Schiedsregierung hat sich in ihrer mehr als anderthalbjährigen Regierungszeit als die reaktionärste Regierung Sachsens seit dem Besetzen des „Freistaates“ Sachsen erwiesen. In der Durchführung ihrer reaktionären Politik führt sich die Schiedsregierung im sächsischen Parlament, in dem sie eine parlamentarische Mehrheit als Regierungsbasis nicht hat, abweisend auf die Sozialdemokratie und auf die Nationalsozialisten.

Nazis, SPD, Stützen der Schieds-Diktatur

Die Nationalsozialisten als angebliche Oppositionspartei, können nicht ungeschehen machen, daß Schied mit den Stimmen der Nationalsozialisten vor anderthalb Jahren zum Ministerpräsident gewählt wurde, und daß die Einsetzung der Schiedsregierung das Ergebnis des Kuhhandels der Nationalsozialisten mit den Parteien der Großbourgeoisie um die Ergrößerung eines Ministerpostens für die Nazi-Partei war. Während die Nationalsozialisten, nachdem ihre Hoffnungen auf einen Platz an der Futtertrappe vorläufig enttäuscht wurden, eine Zeitlang zum Zwecke demagogischen Stimmensangs Opposition mimten, haben sie in den letzten Monaten sich unabweislich in die Linie der Schiedspolitik eingereiht. Im Gegensatz zu ihrer sozialdemagogischen Phrasologie, ja im Gegensatz zu ihren eigenen parlamentarischen Anträgen, haben die Nationalsozialisten vor kurzem kommunistische Anträge auf Sonderbesteuerung der Aufsichtsräte, auf Einführung einer Sondersteuer für alle Vermögen von mehr als 500 000 Mark, auf Offenlegung der Steuerlisten, auf Einstellung der Zahlungen an die Kirchengemeinschaften, abgelehnt und sich damit praktisch in die Schiedsfront eingereiht. Dieses Einschwenken der Nationalsozialisten in die Schiedsfront steht im engsten Zusammenhang mit dem zur Zeit vor sich gehenden Kuhhandel der Nationalsozialisten mit den übrigen bürgerlichen Parteien um die Befehung des Landtagspräsidentiums und um die Umbildung der Regierung mit Einbeziehung der Nationalsozialisten. In der Praxis stehen die Nationalsozialisten längst in der von der Schiedsregierung geführten bürgerlichen Front und in dem staatlichen Unterdrückungsapparat der sächsischen Bourgeoisie. Nationalsozialistische Richter und Justizbeamte, nationalsozialistische Gerichtsvollzieher und Polizeioffiziere, nationalsozialistische Professoren und vom sächsischen Staat besoldete Vorträge sind die Repräsentanten der Teilnahme der Nationalsozialisten an der Unterdrückung des werktätigen Volkes durch die Machorgane der sächsischen Bourgeoisie.

Auf der anderen Seite stützt sich die Schiedsregierung auf die parlamentarische Unterstützung durch die sozialdemokratische Führung, die im Gegensatz zu ihren „linken“ Phrasen analog der Tolerierungspolitik im Reich die Schiedsregierung toleriert und ihr die Möglichkeit der weiteren Existenz verschafft. Der Etat für das Jahr 1930 wie auch für das Jahr 1931 wurde nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer angenommen, wobei die sozialdemokratischen Führer ihre eigenen Anträge, die teilweise bereits angenommen waren, fallen ließen und niederschwanden. Die sozialdemokratischen Führer haben sich gegenüber ihren proletarischen Anhängern stets darauf berufen, daß die Schiedsregierung nur eine geschäftsführende Regierung sei und durch Landtagsbeschlüsse nicht zum Rücktritt gezwungen werden könne. Sie haben jedoch auch alle kommunistischen Anträge auf Auflösung des sächsischen Landtages als das einzige Mittel, den Willen des Volkes gegenüber der Schiedsregierung zum Ausdruck zu bringen, abgelehnt und dadurch immer wieder der Schiedsregierung die Möglichkeit der weiteren Existenz gegeben. Die ehemaligen „linken“ sozialdemokratischen Führer tragen daher mit der vollen Verantwortung für die Politik der Schiedsregierung, trotz aller Versuche, sich von der Mitschuld an den Auswirkungen der Politik der Schiedsregierung auf die Lage der Werktätigen rein zu waschen.

SAP-Führer tolerierten mit

Die „linken“ SPD-Führer und heutigen zentralistischen Führer der SAP haben innerhalb der SPD die Tolerierungspolitik gegenüber der Schiedsregierung mitgemacht und tragen dafür die volle Verantwortung.

Hat schon die Schiedsregierung seit mehr als anderthalb Jahren nicht mehr die parlamentarische Basis für ihre Regierungstätigkeit und besitzt sie schon seit dieser Zeit nicht mehr selbst das Vertrauen des sächsischen Landtages, so hat sie sich während ihrer Regierungstätigkeit mit kaum verhüllter Mißachtung des Willens der sächsischen Bevölkerung immer wieder, selbst über Beschlüsse des Landtages hinweggesetzt und diese nicht zur Durchführung gebracht.

Die vom Landtag angenommenen kommunistischen Anträge von 10 Millionen Mark für Winterbeihilfe im Winter 1930/31 zur Einführung der vierzig-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, zur Beschaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten, zur Wohnungsbeschaffung, zur Durchführung des Talsperrenbaues Gottscheuba, zur Streichung der Mittel für die Kirche, zur Unterstützung der zollfreien Gefrierfleischfuhr wurden von der Schiedsregierung einfach nicht zur Durchführung gebracht. Die Schiedsregierung hat damit den sächsischen Landtag zu einer einseitigen Kulisse ihrer, mit dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung nicht in Einklang stehenden, Politik gemacht und den Werktätigen gleichzeitig einen wertvollen Anschauungsunterricht für den Abbau der demokratischen Einrichtungen und ihrer Ersetzung durch

faschistische Herrschaftsmethoden

gegeben. Die Schiedsregierung kann nur gestürzt und beseitigt werden durch die Auflösung des sächsischen Landtages. Die Kommunisten haben im sächsischen Landtag wiederholt die Auflösung gefordert, die stets mit den Stimmen der sozialdemokratischen Führer abgelehnt wurde. Bei der Einleitung des Kampfes für die rote Selbsthilfe der Werktätigen in Sachsen hat darum die kommunistische Partei bereits die Einleitung des offenen Kampfes um die Landtagsauflösung angekündigt. Nachdem die sozialdemokratischen Führer im Landtag stets die Anrufung der Entscheidung der Wählermassen über die Politik der Schiedsregierung hintertrieben haben, muß das werktätige Volk Sachsens selbst zur Entscheidung über die Politik der Schiedsregierung und ihrer parlamentarischen Stützen aufgerufen werden.

Nationalsozialisten und Deutschnationale bereiten erneut den Kuhhandel um die Futtertrappen vor. Um ihre Positionen in diesem Kuhhandel zu stärken, brohen sie ihren bürgerlichen Kontrahenten in demagogischer Weise mit der Anrufung des Volkes ohne jedoch ernsthaft daran zu denken, das Volk selbst zur Entscheidung aufzurufen. Ihre Drohungen sollen keinem anderen Zweck dienen, als ihren Forderungen auf eine Durchsetzung ihrer

NEUE ZEITUNG WERDEN KUNDENREDE

„Kirchhofsrieden“

Brüningregierung schlägt 700 Millionen Jahres tribute an private Auslands gläubiger vor / Youngplan bleibt in Kraft / Frankreich fordert Finanzkontrolle und Rechtsregulierung

Am 1. Februar läuft das sogenannte Stillhalteabkommen ab, das praktisch von England und Amerika nie beachtet worden war. 11,5 Milliarden Mark kurzfristige Schulden sollen dann zurückgezahlt werden. Die Brüningregierung hat, wie das Berliner Tageblatt mitteilt, beantragt, 7 Milliarden in 10 Jahren, also im Jahre 700 Millionen Mark, zurückzuzahlen. Die Zinsen sowie die restlichen 4,5 Milliarden Mark müssen natürlich außerdem gezahlt werden.

Am 1. Juli 1932 läuft das Hoover-Moratorium ab. In den Besprechungen zwischen Laasal und Hoover hat Amerika die Konzeption an Frankreich gemacht, daß die Neuregelung der Reparationsfragen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums nur auf der Grundlage des Young-Plans erfolgen werde.

Das Ergebnis der Washingtoner Verhandlungen zeigt, Frankreich hat von Amerika völlig freie Hand bekommen. Man hat beschlossen, daß eine Neuregelung nur „auf Antrag“ Deutsch-

lands erfolgen könne. Mit anderen Worten, die deutsche Regierung soll demütig um Erleichterung der Tributlasten bitten. Selbstverständlich stellen die französischen Imperialisten Bedingungen. Die eine, die von der französischen Presse sehr stark propagiert wird, ist die Kontrolle der deutschen Finanzen unter französischer Aufsicht.

Der französisch-amerikanische Pakt zur Verewigung des falken Schandvertrags und der Youngsplan ist gebildet. Der Kampf gegen die Youngsplan ist zugleich ein Kampf gegen die Notverordnungen, die die Arbeiterparteien stehen Hitler und Jugenberg

Die einzige Kraft, die die Ketten des Youngsplanes und Jellens der privaten Schuldflaverei zu sprengen vermag, ist das revolutionäre Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei. Das Programm der KPD zur sozialen und nationalen Befreiung zeigt dazu den Weg!

Dresdner Arbeiter antworten:

Empörung gegen Kundgebungsverbot

Das Bekanntwerden des Verbots der Revolutionskundgebung der Kommunistischen Partei hat in den Kreisen der Dresdner Werktätigen flammende Entrüstung hervorgerufen. Bereits heute liegen uns Entschlüsse aus Arbeiterversammlungen vor, die gestern abgehalten wurden. Die Bezirksgruppe Ostban des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, die sehr stark besucht war, nahm einstimmig eine Entschlüsselung an, in der es heißt:

„Die heute versammelten Mitglieder des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit e. V. erheben gegen das Verbot der Revolutionskundgebung, einberufen von der KPD und allen Massenorganisationen, scharfen Protest.

Sie erblicken in diesem Verbot eine empörende Maßnahme gegenüber dem gesamten Klassenbewußten Proletariat.“

Die Versammlung wählte eine mehrköpfige Delegation die im Laufe des heutigen Vormittags bei dem Dresdner Polizeipräsidenten Dr. Pollich vorstellig werden wird. Ebenfalls gestern abend tagte die Mitgliedereversammlung der Ortsgruppe Bau der KPD Dresden. Auch hier kam einstimmig ein Protest zum Ausdruck durch die Annahme einer Entschlüsselung.

Auch hier wurde eine Delegation von sechs Mann gewählt, die beim Polizeipräsidenten vorstellig werden soll. Diese Kundgebungen zeigen, daß die Dresdner Arbeiterschaft die Botschaft gegen die kommunistische Partei zu beantworten

Mordanschläge auf Litwinow und Gorki

Unter dem Schutz der Imperialisten! / Die Terrorgruppen, von der die Kapitalpresse nichts schreiben

Die rote Fahne legt die Enthüllungen über die Attentatspläne der weißgardistischen Kamarka gegen die Sowjetunion frei. Der Aufdeckung des Mordplanes gegen den Genossen Stalin ist die Entlarzung von Anschlägen gegen die Genossen Litwinow und den Dichter Maxim Gorki.

Diese Anschläge gegen das Leben zweier Männer, von denen der eine die Sowjetunion in außenpolitischer Beziehung, der andere in kulturpolitischer hervorragend vertritt, werden vom Zaren general Turkul organisiert. Turkul stützt sich dabei auf einige erfolgreiche mazedonische Bandenführer, die als Raubmörder besonders Erfahrung besitzen. Die Vorbereitungen wurden bereits getroffen. Litwinow soll in Berlin, Maxim Gorki in Italien besteuert werden. Gorki ist bekanntlich durch sein schweres Augenleiden gezwungen, zeitweise nach Italien zu reisen. Litwinow soll bei einem politischen Besuch in Berlin „erledigt“ werden. Die Gruppe Turkuls plant noch ein besonderes Rubenstück. Ein Attentat auf Trotski soll durchgeführt werden, was man dann den Bolschewiki in die Schuhe schieben will, um damit der verstorbenen Hebe Trotskis gegen die Politik der KPD einen neuen Auftrieb zu geben. Eine andere weißgardistische Gruppe unter Hauptmann Nikolai Gradow, die ihren Sitz in Paris hat, versuchte bereits voriges Jahr ein Attentat auf den Sowjetbotschafter Dowgalewski durchzuführen. Als das Moskauer Regendold-Theater ein Schauspiel in Paris gab, zu dem der Sowjetbotschafter erschien, drang Gradow bewaffnet in das Theater ein, wurde jedoch durch die Wachsamkeit bestimmter Organe rechtzeitig unschädlich gemacht.

Gerade in diesem Augenblick der Steigerung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressefische gegen die UdSSR und die kommunistische Partei gewinnen diese Enthüllungen an Bedeutung. Zeigen sie doch nur allzu genau, wer wirkliche Terrorgruppen einsetzt, um an Stelle offenen politischen Kampfes hinterhältigen Mordanschläge zu setzen. Hier werden die Dummen entlarvt, die unter dem Schutze der antikomunistischen Hebe der Kapitalpresse aller Länder ihr blutiges Handwerk treiben gegen das erste sozialistische Vaterland aller Werktätigen die Sowjetunion und ihre Vertreter. Die endgültige Unschämung des weißgardistischen Mordanschlags des Imperialismus wird allerdings erst mit der Niederrichtung des Imperialismus durch das Proletariat erfolgen.

Die rote Fahne legt die Enthüllungen über die Attentatspläne der weißgardistischen Kamarka gegen die Sowjetunion frei. Der Aufdeckung des Mordplanes gegen den Genossen Stalin ist die Entlarzung von Anschlägen gegen die Genossen Litwinow und den Dichter Maxim Gorki.

Genosse Dettinghaus ausgeschlossen

Genosse Dettinghaus, Reichstagsabgeordneter und langjähriger erster Bevollmächtigter des DVB in Genselberg, der einigen Wochen von der SPD zur KPD übertrat, wurde auf Antrag des DVB-Hauptvorstandes aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen. — Um den Eintritt von DVB-Mitgliedern einzudämmen und nicht die Zugehörigkeit der Genossen Dettinghaus zur KPD als alleinigen Ausschlußgrund hinzustellen, beschloß die Kongress die Freigabe, „unzulässige Schlußfolgerungen“ anzugeben.

Der Genosse Dettinghaus hat fast sein ganzes Leben im Dienste der Arbeiterklasse gesteckt und hat sich das Vertrauen der organisierten Metallarbeiter erworben. Dieses Vertrauen wird auch durch seinen Übertritt von der SPD zur KPD nicht geschüttelt. Für die unternehmerfreundliche Bürokratie aber das Bekenntnis zum Klassenkampf und die Zugehörigkeit zur KPD Ausschlußgrund.

Metallarbeiter! Protestiert in allen Betrieben und sammelt den DVB gegen diesen Ausschluß! Schließt die Einheitsfront unter Führung der KPD und der KPD!

reaktionären Politik in Sachsen Nachdruck zu verleihen und der Politik der sächsischen Bourgeoisie gegen die Werktätigen einen noch reaktionäreren Kurs aufzuprägen.

Die kommunistische Partei hat wiederholt die Forderung auf Auflösung des sächsischen Landtages erhoben. Die kommunistische Partei Sachsens deutet nicht daran, zuzulassen, daß mit dem Mittel der Androhung eines Volksentschlusses der „Nationalen Front“ politische Geschäfte der sozialen, politischen und kulturellen Reaktion getrieben werden. Die kommunistische Partei leitet die politischen Maßnahmen ein, die geeignet sind, die Kuhhandelspläne und die demagogischen reaktionären Absichten der sogenannten „nationalen Front“ zu zerstoßen.

Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei Sachsens hat daher in ihrer Sitzung vom 2. November einstimmig beschlossen, den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens zur Auflösung des sächsischen Landtages zu stellen.

Der Kampf um die Auflösung des sächsischen Landtages wird geführt werden durch die kommunistische Partei in enger Verbindung mit dem Kampf der Arbeiter Sachsens gegen die Lohnraubpläne der sächsischen Unternehmer, gegen die Maßnahmen der sozialen und kulturellen Reaktion in Sachsen, wird geführt werden auf der Linie der außerparlamentarischen Mobilisierung aller Kräfte des werktätigen Volkes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. In diesem Kampf wendet sich die kommunistische Partei an alle Werktätigen Sachsens mit dem Aufruf zur Schaffung der roten Einheitsfront aller Werktätigen gegen Ausbeutung, Not und Reaktion.

Revolutionäre Arbeiter Sachsens!

Macht Sturm im Land gegen die reaktionäre Schiedsregierung und ihre willfährige Stütze, den volksfeindlichen sächsischen Landtag.

Arbeiter der SPD und SUZ, der SUF und SWI! Nehmt euch ein in die Einheitsfront aller Arbeiter unter revolutionärer Führung zum Kampf gegen den Faschismus, zum Kampf gegen kapitalistisches Elend und für die sozialistische Zukunft.

Kämpft mit uns gegen die Politik der Tolerierung von Brüning und Schied.

Werktätige in Stadt und Land! Im Lager der Nationalsozialisten und der Schiedsparteien. Schließt die rote Front aller Schaffenden in Sachsen gegen die Ausplünderung durch die Schiedenden, gegen die Schiedsregierung mit all ihren Lafalen.

Arbeiter, Angeestellte und untere Beamte, Erwerbslose und Sozialrentner, Kleinrentnerbetriebe und Kleinrentner! Ihr seid die große Armee derjenigen, die unter dem gegenwärtigen kapitalistischen System und unter der Schiedsregierung zu leiden haben. Bildet ihr daher die einheitliche Front im Kampf um die Auflösung des volksfeindlichen sächsischen Landtages, den Kampf um den sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Krise unter Führung der kommunistischen Partei. Schafft Einheitsorgane in allen Betrieben auf allen Stempelstellen, in allen Städten, in allen Dörfern. Bildet die rote Einheitsfront gegen Ausbeutung und Unterdrückung und sächsischen Terror.

Gegen die Schiedsregierung und ihre volksfeindliche Politik!

Gegen die verräterische Tolerierungspolitik sozialdemokratischer Führer!

Gegen Futtertruppenhandel und reaktionäre Nationalsozialisten und Deutschnationaler Führer!

Rotes Volksbegehren

Für die Auflösung des sächsischen Landtages!

Für den Sturz der Schiedsregierung!

Für den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Für Freiheit, Boden, Brot und Sozialismus!

Kämpft für ein rotes Sachsen

in einem sozialistischen Deutschland

Bezirksleitung der KPD Sachsen